

Wien, 1. Juni 2004

Sehr geehrte Frau Dr. Stubenrauch!

Vielen Dank für Ihren Brief an die SPÖ.

Gerne übermittle ich Ihnen nachfolgend die gewünschten Informationen:

1. Welche Punkte aus dem vorliegenden Entwurf für eine europäische Verfassung halten Sie für die Zukunft Europas besonders wichtig?

Wir als SozialdemokratInnen treten für ein soziales Europa ein. Aus diesem Grund sind Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit als Ziel der Europäischen Union, die Verankerung der sozialen Grundrechte, die Verbesserung der demokratischen Vorgangsweisen und die Stärkung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, aus sozialdemokratischer Sicht, die wichtigsten Punkte im vorliegenden Verfassungsentwurf. Im Mittelpunkt der EU-Politik soll in Zukunft das Wohlergehen der Menschen, die Bewahrung und Sicherung des Friedens, die Vollbeschäftigung, der soziale Fortschritt, die Solidarität zwischen den Generationen und die Bekämpfung von Armut und Diskriminierung stehen. Alle diese Ziele des neuen Europas stehen zumindest gleichberechtigt neben den alten Zielen, die eher wirtschaftlich orientiert sind. Die Abgeordnete Dr. Maria Berger hat diese, sozialdemokratischen Interessen für die SPÖ-Delegation im Konvent vertreten und erreicht, dass es in der Europäischen Verfassung einen Grundrechtekatalog manifestiert wurde, der auch soziale Grundrechte enthält, etwas, was auch in Österreich nicht selbstverständlich ist.

Zu kritisieren bleibt jedoch, dass anstatt danach zu trachten, dass es Arbeit und Bildung für alle gibt und die existenziellen Probleme der Bevölkerung gelöst werden, Neoliberalisierung und Privatisierung im Mittelpunkt der Politik steht. Das ist nicht das Europa, das die Menschen und wir als SozialdemokratInnen wollen. Europa muss ein soziales Europa werden, das auf die Bedürfnisse der Menschen Rücksicht nimmt. Daher ist es auch wichtig, dass - auch wenn noch Schwachstellen vorhanden sind - eine europäische Verfassung so bald als möglich verabschiedet wird. Denn in dieser Verfassung wären dann auch soziale Grundrechte endgültig verankert. Darauf hat man sich im EU-Konvent einigen können.

2. Falls Sie einen Artikel der Verfassung verbessern könnten, wie würde Ihr Vorschlag lauten?

Soziale Sicherheit war für uns in Österreich immer eine Selbstverständlichkeit. Doch durch die Politik der letzten Jahre wurde der sozialpolitische Grundkonsens in Frage gestellt. Dies war nicht nur in Österreich so; auch die konservativen Regierungen einiger anderer europäischer Länder haben denselben Weg in die Desintegration beschritten. Jetzt geht es darum, die sozialen Grundwerte Europas neu zu beleben. Die aktuelle wirtschaftliche Lage verlangt Flexibilität, Mobilität und Risikobereitschaft. Daher muss es auch ein soziales Netz geben, welches Menschen in Notfällen wieder auffängt. Der europäische Stabilitätspakt muss durch soziale Regelungen im Sinne eines europäischen Sozialpaktes vervollständigt werden. Dies sollte sich so weit als möglich auch in der Verfassung widerspiegeln. Jeder Schritt in diese Richtung ist ein Schritt in die richtige Richtung.

3. Was halten Sie für die zentrale Aufgabe der Europäischen Union in den nächsten fünf Jahren?

Das Projekt „Europäische Union“ läuft Gefahr, sich in die falsche Richtung zu entwickeln. Im EU-Parlament haben die Konservativen die Mehrheit. Und dem entsprechend gestaltet sich in Brüssel die Politik: Eine Wirtschaftspolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen vernachlässigt und die politische Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten durch einen übertriebenen Sparzwang einengt; lediglich kleine sozialpolitische Fortschritte, die den Konservativen erst mühsam abgerungen werden müssen; Versuche, die Erbringung unentbehrlicher Dienstleistungen für die BürgerInnen durch Staaten und Gemeinden unmöglich zu machen; Vernachlässigung der so wichtigen europäischen Investitionen in die Infrastruktur; einzelstaatlicher Egoismus, Bürokratie, Misswirtschaft und Privilegien.

Es gilt, die EU aus der konservativen Vorherrschaft zu befreien und sie wieder zu dem zu machen, was die BürgerInnen Europas wirklich brauchen: Eine Kraft des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, die transparent und offen ist, und in der demokratische Entscheidungen sichergestellt sind.

Dieses andere Europa, das die Bürgerinnen und Bürger brauchen, ist möglich. Es kann selbstverständlich nicht durch Österreich allein geschaffen werden. Die sozialdemokratischen Parteien in allen 25 Mitgliedsstaaten der EU treten überall mit den gleichen klaren Zielsetzungen zu dieser Wahl an.

- Sie verpflichten sich, eine Politik zu verfolgen, die Armut und soziale Ausgrenzung gezielt bekämpft und neue, hochwertige Arbeitsplätze schafft, indem das Wirtschaftswachstum durch Investitionen in die Infrastruktur, in die Bildung und in Forschung und Entwicklung angeregt und unterstützt wird.

- Sie wollen die EU den Bürgerinnen näher bringen. Dadurch, dass eine neue, demokratische Verfassung, in der die VertreterInnen der BürgerInnen das letzte Wort haben, endlich verwirklicht wird. Zudem wollen sie sich den konkreten Probleme der Menschen - bei KonsumentInnenrechten, im Kampf gegen die Kriminalität, im Bereich der Bildung - annehmen.
- Sie wollen jede Form der Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, des Alters, der ethnischen Zugehörigkeit, der sexuellen Orientierung, des religiösen Bekenntnisses oder der politischen Überzeugung beseitigen.
- Sie wollen das Grundrecht auf Alterssicherung stärker verankern und die Generationensolidarität fördern.
- Sie wollen eine Politik des sozialen Dialoges mit dem Ziel eines fairen Ausgleichs und der Beteiligung aller an der Wohlstandsentwicklung und am System der sozialen Sicherheit.
- Sie treten daher gegen die weitere Liberalisierung bisher öffentlich erbrachter Dienstleistungen - wie öffentlicher Verkehrssysteme - ein. Sie wollen eine Politik, die im Inneren Chancengleichheit verwirklicht und im Weltmaßstab für fairen Handel, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintritt.
- Sie wollen dafür sorgen, dass es endlich eine gemeinsame Politik der EU zur Regelung der Zuwanderung und zur Integration der Zugewanderten gibt.
- Sie treten für eine neue gemeinsame Sicherheitspolitik ein, in der die neutralen Staaten ihren Platz haben und die weltweit die Rolle der Vereinten Nationen stärkt, die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn verbessert, und für eine zielgerichtete Bekämpfung des Terrorismus sorgt.
- Sie werden aus Europa einen Raum der Demokratie und der Gleichheit machen. Dazu ist der energische Kampf gegen Betrug, Korruption und Misswirtschaft ebenso notwendig wie die Verwirklichung von Transparenz und Offenheit in der EU.
- Nur durch das entschiedene Eintreten für die Überwindung immer noch bestehender Benachteiligungen von Frauen wird die Gleichstellung der Geschlechter erreicht.

Insbesondere fordert die SPÖ:

- . Vorrang für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung
- . Sicherung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums als Grundlage für einen Wohlstands-Zuwachs für alle
- . Mehr Investitionen in die Infrastruktur, in die Bildung und in Forschung und Entwicklung damit das Wirtschaftswachstum angeregt und unterstützt wird
- . Eine Wirtschaftspolitik, die den Interessen der Menschen und nicht denen der Konzerne dient

All dies sind unverzichtbare Schritte, um in den nächsten Jahren ein Europa der Vielfalt und des Wohlstands zu schaffen, ein modernes Europa für die Menschen, die darin leben.

4. Welche großen politischen Fragestellungen sollten zusätzlich zu den bisherigen auf europäischer Ebene entschieden werden und welche derzeit von der Union wahrgenommenen Bereiche würden Sie allenfalls auf die Mitgliedsstaaten zurückverlagern?

Obwohl durch die wirtschaftlichen Rahmensetzungen der EU weitreichend in nationale Budget- und Haushaltspläne eingegriffen wird, bleiben soziale Fragestellungen immer noch außen vor, wenn es um gesamteuropäische Richtlinien geht. Dabei ist ein Wirtschaftsraum, der die Interessen der Menschen vernachlässigt, bestenfalls ein Handlanger supranationaler Konzerne, aber sicher kein Europa der Menschen.

Ebenso wie finanzielle Richtlinien sollten also Lebensthemen wie Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung ebenso wie gesundheitliche Absicherung und Altersvorsorge in den Katalog der europäischen verpflichtenden Zielsetzungen aufgenommen werden.

Die Bürokratie in Brüssel sollte jedoch weniger eingreifen in Details, die auf regionaler und nationaler Ebene besser gelöst werden können. So sollten etwa Fragen zur Liberalisierung des öffentlichen Nahverkehrs oder zur Wasserversorgung nicht in der EU entschieden werden, sondern in der Verantwortung der nationalen Akteure verbleiben. Angelegenheiten des "Tiertransportes" oder des "Luftverkehrs" hingegen sollten sinnvollerweise auf europäischer Ebene verhandelt werden. Diese klare Unterscheidung könnte auch dazu beitragen, den Bürgerinnen und Bürgern Europa wieder näher zu bringen.

5. Wie stehen Sie zu einer Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene?

Durch die Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 wurde die EU ein noch größerer, noch „geschlossenerer“ Wirtschaftsraum. Hinsichtlich Steuern und Löhnen untereinander zu konkurrieren, schadet allen Beteiligten. Und es ist schlicht unmöglich, in einen Wettbewerb nach unten mit China und Indien einzutreten. Vielmehr brauchen wir eine gemeinsame Politik zur Stärkung der Binnennachfrage durch eine flexible Budgetpolitik, eine Steuerharmonisierung mit einem Steuerniveau, das auf eine ausreichende Finanzierung der notwendigen Ausgaben abgestellt ist und ein langfristiges Investitionsprogramm in Ausbildung, Forschung und Infrastruktur.

6. Wie sollte sich Ihrer Meinung nach das Verhältnis zu den USA und anderen Global Players entwickeln?

Die Sozialdemokratie bekennt sich klar zur politischen Union mit verteidigungspolitischen Komponenten. Das Ziel ist unter anderem eine gleichberechtigte Partnerschaft zur USA. Die unterschiedlichen nationalen Identitäten

sollen dabei einen zentraler Bestandteil der gemeinsamen europäischen Identität bilden.

Wir wollen eine starke Europäische Union, die in internationalen Foren mit klarer Stimme in Einklang mit dem Völkerrecht und den Vereinten Nationen für eine gerechte, beständige und friedliche Welt eintritt.

Wir brauchen eine Reform der Vereinten Nationen, um ihr eine größere Rolle bei der weltweiten Friedenssicherung und gemeinsamen Sicherheit zukommen zu lassen und sie repräsentativer zu machen. Die Europäische Union muss bei der Schaffung eines effektiven Multilateralismus eine Vorreiterinnen-Rolle spielen, um eine bessere Zusammenarbeit der Staaten bei Konfliktlösungen zu ermöglichen und neuen Sicherheitsbedrohungen gemeinsam zu begegnen. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir bei seinen Ursachen anfangen.

Wir sollten die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter zu einem glaubhaften Instrument der Konfliktverhütung und des Krisenmanagements ausbauen. Wir unterstützen die vom Rat 2003 angenommene europäische Sicherheitsstrategie, die den Rahmen für eine effektive gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik schafft.

In Übereinstimmung mit den anderen sozialdemokratischen Parteien Europas streben wir an:

- Eine Verstärkung der UN und ihrer Institutionen und Verbesserung der Zusammenarbeit.
- Die Verbesserung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei Konfliktverhütung und Krisenmanagement.
- Den Einfluss der EU für die Wiederaufnahme und den Abschluss der Welthandelsgespräche zu nutzen, um einen fairen Welthandel zu fördern.
- Die Abschaffung von Exportquoten und -tarifen aus Entwicklungsländern und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.
- Die Gewährleistung, dass bei unserer Entwicklungspolitik der Umweltschutz und seine Nachhaltigkeit Priorität hat.
- Auf bereits erfolgten Anstrengungen im Bereich der Umwelt und der sozialen Verantwortung des Welthandels aufzubauen.

7. Welche Initiativen haben Sie gesetzt bzw. werden Sie in Zukunft setzen, um das Interesse der österreichischen Bevölkerung für europäische Politik zu heben?

Viele Menschen stehen der EU mit Skepsis und Kritik gegenüber, denn das Projekt Europa von heute ist noch nicht so, wie wir es uns vorgestellt haben.

In den letzten vier Jahren hat Österreich in der EU eine klägliche Rolle gespielt. In keiner einzigen der großen Entscheidungen, die für Europa von höchster Bedeutung waren, hat es eine österreichische Initiative gegeben.

Das ist eine Quelle der Frustration für die BürgerInnen Österreichs und trägt dazu bei, uns von der europäischen Union zu entfremden.

Am 13. Juni geht es also auch darum, dass Abgeordnete im Europäischen Parlament sitzen, die die wirklichen Interessen der Österreicherinnen und Österreicher vertreten und nicht die verhängnisvolle Politik der ÖVP-FPÖ-Regierung.

Am 13. Juni kann die SPÖ in Europa tatsächlich etwas verändern. Das Arbeitspapier umfasst dabei Initiativen zu:

- Vorrang für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.
- Sicherung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums als Grundlage für einen Wohlstands-Zuwachs für alle.
- Eine Wirtschaftspolitik, die den Interessen der Menschen und nicht denen der Konzerne dient.
- Eine Infrastrukturpolitik, insbesondere eine Verkehrspolitik, die neue Möglichkeiten für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung schafft und die Umwelt schont.
- Für eine schrittweise Harmonisierung der Steuern in allen EU-Staaten, die der letztlich für alle Länder verhängnisvollen unfairen Standort-Wettbewerbes durch Steuervergünstigungen für Unternehmer ein Ende bereiten soll.
- Umfassende Sicherung der sozialen Sicherheit, Bekämpfung der neuen Armut und damit Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft.
- Die hohe Qualität von medizinischen Leistungen, Bekämpfung der neuen Armut und damit Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft.
- Chancengleichheit für alle, umfassende Ausbildung unserer Jugend und Sicherung einer ständigen Weiterbildung.
- Verantwortungsvoller Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen - Schutz der österreichischen Wasser-Reserven vor internationaler Ausbeutung.
- Durchsetzung des Vorrangs einer gesunden Umwelt gegen einen ungehemmten LKW-Transitverkehr durch ökologische Steuerungsinstrumente, eine wirksame EU-Wegekostenrichtlinie und den zügigen Ausbau der Eisenbahn im Rahmen der Transeuropäischen Netze (TEN).
- Sicherung, Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen, die den Menschen zu vertretbaren Kosten und überall angeboten werden müssen.
- Eine europäische Sicherheitspolitik, die dem Frieden dient und es Österreich möglich macht, seine Neutralität aufrecht zu erhalten.

- Ein gezieltes Maßnahmenpaket, das Arbeitsmarktpolitik, Infrastrukturpolitik und die Förderung der Grenzregionen so einsetzt, dass Österreich von der jetzigen EU-Erweiterung optimal profitieren kann.
- Eine umfassende wirtschaftliche, soziale und politische Konsolidierung der EU, damit die jetzige Erweiterung bewältigt werden kann. Diese Konsolidierung hat klaren Vorrang gegenüber jeder künftigen Erweiterung.
- Eine Reform der Schwerpunkte des EU-Budgets. Ohne solche Reformen ist eine Aufstockung des EU-Budgets - und damit ein höherer Beitrag Österreichs - undenkbar.
- Eine rasche und grundlegende Reform des Spesenregelungen des Europäischen Parlaments, die künftig jeden Missbrauch ausschließt, wie sie der Hauptausschuss des österreichischen Nationalrates in einer von der SPÖ vorgeschlagenen und von allen vier Parlamentsparteien beschlossenen Entschließung vorschlägt.
- Mehr Demokratie in der Europäischen Union, mehr Rechte für das Europäische Parlament, mehr Kontrolle und mehr Mitsprache.
- Mehr Transparenz, mehr Ehrlichkeit und mehr Effizienz bei der Verwendung der Mittel der EU.

Die Entscheidungen über europäisches Recht und den europäischen Haushalt, die von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) in Brüssel und Straßburg getroffen werden, mögen weit weg erscheinen, aber sie wirken sich direkt auf die Arbeits- und Lebensbedingungen aller EuropäerInnen aus. Deshalb muss es eine stärkere Verknüpfung zwischen Innenpolitik und Europapolitik geben, denn Europapolitik ist nicht Außenpolitik.

Der „europäische Gedanke“ kann am besten in Hinblick auf jene Themen greifen, die für die europäischen BürgerInnen auch von unmittelbarem Interesse sind. Die SPÖ konzentriert sich auf die Fragen der Beschäftigung und stellt sich gegen neoliberale Tendenzen, wonach alles der Marktlogik unterworfen werden muss. Die Arbeitslosigkeit, der Ausbau der Infrastruktur und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik müssen in den Diskussionsmittelpunkt gestellt werden.

1. Wie lange schätzen Sie den Zeithorizont ein, bis zu welchem es eine echte gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik geben wird und was werden Sie tun, um diese Zeitspanne zu verkürzen?

Es ist unwahrscheinlich, dass es in absehbarer Zeit zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik kommen wird. Mit dem Irak-Krieg wurde die Idee einer Friedensunion auf die lange Bank geschoben. Die einzige Alternative für Österreich kann in dieser Situation nur die Neutralität sein.

2. Wie stehen Sie zur EU-Mitgliedschaft der Türkei, insbesondere angesichts der Ratsschlussfolgerungen vom EU-Gipfel in Helsinki 1999, bei dem die Türkei als beitriftswilliges Land anerkannt wurde, „das auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitriftswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll“?

Die Frage eines Beitritts der Türkei stellt sich zur Zeit noch nicht. Die Türkei ist zwar EU-Beitrittskandidat, hat aber noch viele Probleme zu lösen, bevor sie die politischen Kriterien von Kopenhagen (Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte) erfüllt.

Die derzeitige türkische Regierung hat zwar vieles in der Gesetzgebung verändert, aber Beitrittsverhandlungen können nicht vor der konkreten Umsetzung dieser Gesetze beginnen. Hier wäre zwischen dem rechtsstaatlichen Ist-Zustand und dem Soll-Zustand der Türkei zu unterscheiden. Dieser Prozess scheint noch einige Jahre in Anspruch zu nehmen. Inzwischen muss sich die EU auf die tatsächliche Integration der jetzigen neuen Beitrittsländer konzentrieren.

Abgesehen von den allgemeinpolitischen Fragen in Bezug auf die Türkei ist es für uns entscheidend, sich auch mit der wirtschaftlichen Machbarkeit und der sozialen Verträglichkeit für die EU auseinander zu setzen. Den Fortschritten in der Gesetzgebung steht bezüglich Arbeitsrecht, Gleichbehandlung, Gesundheitsschutz und anderen wichtigen sozialpolitischen Regelungen eine konträre realpolitische Entwicklung gegenüber. Die Probleme in der Türkei reichen von zunehmender Arbeitslosigkeit über eine rasante Zunahme der Armut, gerade im ländlichen Raum, bis zur illegalen Beschäftigung von Kurzzeit-Arbeitskräften und dem mangelnden Kampf gegen Kinderarbeit. Darüber hinaus fehlen in der Arbeits-Gesetzgebung Antidiskriminierungs-Regeln.

Dies sind alle Probleme, die gemäß dem Standpunkt der SPÖ insbesondere unter Zeitdruck nur schwer zu bewältigen sind. Aus diesen Gründen sollte die nochmalige Bearbeitung eines eventuellen Beitritts der Türkei zur EU nur in der erweiterten EU-25 und nur mit vorheriger Zustimmung des EU-Parlaments erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Susanne Metzger
Europawahl-Team der SPÖ